



---

## Hauptausschuss

47. Sitzung (öffentlich)

18. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Prüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR** 1

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4542

Der Ausschuss diskutiert mit zwei Mitarbeitern der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

- 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 11

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4559

- Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

**3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 11

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4424

Vorlage 13/2676

APr 13/1138

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2279

Vorlage 13/1813

Vorlage 13/2660 (Änderungsantrag)

Die Obleute wollen am Rande des Plenums in der nächsten Woche zusammenkommen, um sich auf eine gemeinsame Beschlussempfehlung zu verständigen. Über diese gemeinsame Beschlussempfehlung soll dann in einer Sondersitzung des Hauptausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik beraten und abgestimmt werden. Zu dieser Sitzung sollen auch die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände eingeladen werden.

**4 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen** 13

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion einstimmig zu.

**5 "Konsequenzen aus der Diskussion um die Image-Kampagne der Staatskanzlei" 13**

- Bericht des Ministers im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten,  
Kuschke

- Ausführliche Diskussion

**6 Verschiedenes 41**

**hier: Israelreise einer Delegation des Hauptausschusses**

Der Ausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, an den Präsidenten des Landtags einen förmlichen Antrag auf Genehmigung der o. g. Reise zu richten.

\*\*\*\*\*



Hauptausschuss

18.03.2004

47. Sitzung (öffentlich)

ni-ke

### 3 **Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4424

Vorlage 13/2676

APr 13/1138

In Verbindung damit:

#### **Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2279

Vorlage 13/1813

Vorlage 13/2660 (Änderungsantrag)

**Vorsitzender Edgar Moron** teilt mit, dass zur Klärung noch offener Fragen überraschend ein weiteres Obleutegespräch erforderlich sein werde. Er appelliere an die Beteiligten, bei den Beratungen im Interesse der Kommunen, die auf eine gesetzliche Regelung schon lange warteten, endlich zum Ende zu kommen.

**Werner Jostmeier (CDU)** berichtet von der in der letzten Woche zwischen den Sprechern der Fraktionen im Ausschuss für Kommunalpolitik und im Hauptausschuss erreichten Einigung über die Formulierung, die allerdings in der CDU-Fraktion erhebliche Irritationen ausgelöst habe.

Zum einen wollten die Koalitionsfraktionen wohl - mit ganz erheblichen Folgen für die Kommunen - an dem Wort "übertragbare" festhalten, anstatt von "übertragenen" Aufgaben zu sprechen.

Zweitens schlage die CDU-Fraktion vor, sich bei der Formulierung für die Verfassung auf einen relativ knappen Text zu verständigen und das Weitere in einem Ausführungsgesetz zu regeln.

Drittens bedürfe nach Ansicht der CDU-Fraktion die Formulierung "wesentliche Belastung" einer Definition.

Hauptausschuss

18.03.2004

47. Sitzung (öffentlich)

ni-ke

Nach dem Obleutegespräch in der vergangenen Woche hatte **Dorothee Danner (SPD)** den Eindruck, als stände man wirklich Millimeter vor der Ziellinie. Dass jetzt Forderungen neu aufgeworfen würden, erstaune sie deshalb sehr; und noch mehr überrasche es sie, wenn über einen Schreibfehler aus der von der FDP-Fraktion erstellten Synopse gesprochen werden solle, der bisher nie Gegenstand der Diskussionen gewesen sei.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** weist darauf hin, die Grundlage des Obleutegespräches hätten nicht die Synopsen, sondern die konkreten Gesetzestexte gebildet, deren Fassung natürlich auch maßgeblich sei.

Als substantiell bezeichnet es **Dr. Ingo Wolf (FDP)**, im Zusammenhang mit der Regelung des Ausgleichs nicht durch eine entsprechende Formulierung das "dabei" wieder in ein "darin" zurückzuführen und damit in die alte Position zu verfallen.

**Vorsitzender Edgar Moron** wird, falls sich die Sprecher in der nächsten Woche am Rande des Plenums auf eine gemeinsame Beschlussempfehlung verständigten, zu einer Sondersitzung des Hauptausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik einladen und die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände dazu bitten, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu den endgültigen Formulierungen zu äußern.